



Mittwoch, 15. Oktober 2025, 17:00 Uhr
~12 Minuten Lesezeit

Der faule Frieden von Gaza

Wer glaubt, dass es bei dem Friedensschluss in Ägypten um einen gerechten Interessenausgleich aller Beteiligten geht, der wird vermutlich bitter enttäuscht.

von Hermann Ploppa
Foto: oleschwander/Shutterstock.com

Die ganze Welt schaut gespannt und gebannt nach Sharm el-Sheikh und nach Kairo. Dort treffen sich

Politiker, Diplomaten und Geschäftsleute, um ein Ende des blutigen Massakers im Gazastreifen auszuhandeln. Trump will schnelle Resultate sehen. Er schickt seinen Schwiegersohn Jared Kushner sowie den Sondergesandten Steve Wittkoff ins Rennen. Die beiden sollten den Kontrahenten aus Israel und der Hamas Beine machen, endlich zu einem vernünftigen Kompromiss zu gelangen. Denn das ehrenwerte Ziel besteht ja darin, das furchtbare Leiden der unschuldigen Zivilisten möglichst rasch zu beenden. Oder geht es nur um die Verteilung der Beute?

In der ersten Vertragsvereinbarung wurde nun ein Austausch israelischer und palästinensischer Gefangener sowie ein Waffenstillstand vereinbart.

Ist also jetzt alles bestens?

Schauen wir uns doch einmal die „Friedensstifter“ etwas genauer an. Ist das Haus des Friedens nicht möglicherweise auf Sand gebaut?

Tatsache ist und bleibt: die angeblichen Schiedsrichter Wittkoff und Kushner sind unverkennbar Teil der israelischen Partei. Und die arabischen Nachbarstaaten im Hintergrund sind auf das Engste mit Netanjahu und seinen Freunden verbandelt. Der einzige Spieler in der Region, der überhaupt die Partei der Palästinenser ergreifen könnte, Iran nämlich, ist von den Verhandlungen ausgeschlossen. Am Verhandlungstisch sitzt für die palästinensische Seite lediglich die Hamas, neuerdings flankiert von Vertretern der Bewegung des

Islamischen Dschihad sowie der Volksfront zur Befreiung Palästinas (kurz: PFLP). Eine buntscheckige Delegation von Besiegten, die nichts mehr in der Hand hat als ihre 48 israelischen Geiseln. Die palästinensischen Delegierten stehen in den Verhandlungen einer Phalanx von Feinden gegenüber, die nichts weniger als die restlose Entwaffnung und Selbstauflösung der Hamas und ihrer Verbündeten fordern.

Sollte die Hamas diesen Forderungen nicht zustimmen, dann geht das Morden munter weiter. Und, zumindest für die mediale Öffentlichkeit, ist dann die Hamas schuld an diesem Desaster. Friss' Vogel oder stirb.

Der psychologische Druck, jetzt Trumps Diktat zu unterschreiben, ist für die Hamas übermächtig.

Staaten sind nicht mehr die Akteure

Die Beobachter der Verhandlungen gehen von vollkommen falschen Voraussetzungen aus. Nämlich, dass bei den Verhandlungen in Ägypten tatsächlich Politiker, Diplomaten und Hilfsorganisationen tonangebend sind. Und dass hinter dem Spektakel starke Staaten stehen, die einen Interessenausgleich anstreben.

Dem ist aber nicht so. Der Mittlere oder Nahe Osten ist längst geeint – und zwar auf der ökonomisch-finanziellen Ebene. Die Akteure in diesem Theater: US-amerikanische, britische, israelische und arabische Geschäftsleute, die auf das Engste miteinander verzahnt sind. Und weil dieses Völkchen sich so herrlich einig ist, dass Nationalstaaten die Investitionstätigkeit massiv behindern, geht man munter dazu über, einen Staat nach dem anderen zu zerlegen. Nachdem man den modernen Nationalstaat Syrien zerlegt hat, ist jetzt der Libanon an der Reihe. Man muss nun nicht mehr Rücksicht nehmen auf das Gemeinwohl der gewöhnlichen Leute in

diesen Territorien, die mal Bürger stolzer moderner Nationen gewesen sind. Das hat man zuvor schon mit Jugoslawien, dem Kongo und Libyen so gehalten.

Da ist es nur praktisch, dass Palästina nach dem Zweiten Weltkrieg nie zu einem Nationalstaat werden konnte. Die Spaltung Palästinas in Gaza-Streifen und Westbank hat die Durchsetzung der Agenda enorm erleichtert. Dass die Westbank eigentlich zu Jordanien gehört, wird selbst vom jordanischen König nicht mehr zum Thema gemacht. Denn er hat sich seinen de facto-Verzicht auf die Westbank im Rahmen des jordanisch-israelischen Friedensabkommens aus dem Jahre 1994 von den USA fürstlich in Dollars belohnen lassen. Die Westbank wird gerade jetzt, im Windschatten der Gaza-Verhandlungen, aggressiv von israelischen Siedlern annektiert.

Die Westbank kann man aus Sicht der internationalen Investoren gerne Israel überlassen. Doch der Gaza-Streifen geht an eine internationale Investorengemeinschaft. Gaza soll als leere Tafel völlig neu beschrieben werden. Und zwar nach den Vorstellungen internationaler Investoren, die unter dem Patronat von US-Präsident Trump bereits ausgefeilte Pläne für eine Sonderwirtschaftszone Gaza vorgelegt haben.

Ich berichtete bereits ausführlich über diese Pläne (1).

Dass der Zug genau in diese Richtung gehen soll, wird jetzt noch einmal eindringlich bestätigt durch ein wiederum geleaktes Dokument (2). In diesem Dokument werden für die nächsten drei Jahre genaue Vorschriften gemacht, wie ein Aufsichtsrat aus internationalen Investoren unter dem Vorsitz des früheren britischen Regierungschefs Tony Blair den Gaza-Streifen quasi als Protektorat regiert. Diese Investoren werden sicher nicht die Tagesgeschäfte managen, sondern nur schauen, ob alles in die

gewünschte Richtung geht. Das schmutzige und graue Tagesgeschäft sollen domestizierte Palästinenser ausführen. Die werden dann den Zorn der palästinensischen Rest-Bevölkerung absorbieren. Wenn es denn noch eine palästinensische Rest-Bevölkerung geben sollte. Denn die internationale Investorengruppe möchte den Gaza-Bewohnern den Abgang aus ihrer zur Mondlandschaft mutierten Heimat durch eine Art von Ablösesumme versüßen (3). Offenkundig soll ein hippes Publikum aus aller Welt in den geplanten acht Smart Citys angesiedelt werden.

Wer sind diese interessierten internationalen Investoren?

Der wichtigste Spieler am Tisch der Gaza-Friedensverhandlungen ist natürlich die USA. Alle Augen sind auf Trumps Delegation gerichtet. Was schon einmal ein Witz ist. Denn nur durch die großzügige Hilfe der USA konnte das Netanjahu-Regime den Völkermord überhaupt so schnell und gründlich durchführen. Das ist nicht mein Befund, sondern das Ergebnis einer evidenzbasierten Studie der renommierten Brown Universität in den Vereinigten Staaten. In einem gerade vorgelegten Bericht der Brown University heißt es:

„Ohne Geld, Waffen und politische Unterstützung aus den USA hätte das israelische Militär nicht so schnell und umfassend Menschenleben und Infrastruktur in Gaza zerstören oder seinen Krieg so leicht auf regionaler Ebene eskalieren können, indem es Syrien, den Libanon, Katar und den Iran bombardierte.“ (4)

Seit dem 7. Oktober 2023 haben die USA Waffen und Munition im Wert von 21,7 Milliarden Dollar an Israel geliefert. Und es stehen noch vertraglich garantierte Lieferungen im Gesamtwert von 39,2 Milliarden Dollar aus. Was also haben die USA am

Verhandlungstisch Tisch zu suchen?

Noch haariger wird es, wenn wir uns Trumps Sondergesandte anschauen. Sein Schwiegersohn Jared Kushner pflegt eine familiäre Freundschaft mit der Netanjahu-Sippe. Zugleich sind seine Beziehungen zum Saudi-Arabischen Königshaus sehr eng. So hat Kushner sich in der ersten Regierungszeit von Trump besonders um die Anbahnung von freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Netanjahu-Sippe und dem saudischen Königshaus verdient gemacht. Mit großem Erfolg. Die Bewohner des Gaza-Streifens jedoch mag Kushner nicht so besonders. Als Immobilienhändler erkennt er in der Küstenregion des Gaza-Streifens ein „sehr wertvolles Potential“. Das lässt sich aber nur dann monetarisieren, wenn man die Palästinenser zuvor in die Negev-Wüste verbannt, um dann den Gaza-Streifen „sauber zu machen“ (5).

Steve Witkoff ist ebenfalls reich geworden mit Immobilienhandel. Dabei spielen die Vereinigten Arabischen Emirate für seine Vermögensbildung eine große Rolle. Man kann hier auch von einem ausgewachsenen Interessenkonflikt sprechen. Witkoffs Freundschaft mit einem Scheich in den Vereinigten Arabischen Emiraten hat sich für ihn und seinen Sohn Alex sowie für die Trump-Sippe ausgezahlt. Im Gegenzug dafür, dass das Weiße Haus, entgegen allen Vorschriften, den Export von sicherheitsrelevanten KI-Bausteinen an die Vereinigten Arabischen Emirate auf Anraten von Witkoff genehmigt hat. Die Scheichs revanchierten sich mit lukrativen Beteiligungen an Trumps Krypto-Geschäften im Gesamtwert von bislang zwei Milliarden Dollar. Eine Hand wäscht die andere (6).

Kommen wir zu Tony Blair.

Blair hatte sich als Regierungschef von Großbritannien schon dadurch hervorgetan, dass er den Irak-Überfall von George Bush voll unterstützte. Das trug ihm den Ruf

ein, der „Pudel“ von George Bush zu sein. Als Blair wieder Privatmann war, fing er an, so richtig Geld zu scheffeln. Er gründete sein Tony Blair Institute for Global Change. Eine harte Drohung.

Blairs Institut war nicht wählerisch, wer in den Genuss seiner Politikberatung kommen durfte. Zu Blairs Klienten gehörte der Dauer-Diktator von Kasachstan, Nursultan Nasarbajew, der bei einem Streik mal eben so 30 Arbeiter erschießen ließ. Oder Ruandas Diktator Paul Kagame, der für die westlichen Konzerne Koltan aus dem Kongo von seinen Terrortruppen stehlen ließ (7). Sicher war Blair auch nicht ganz unbeteiligt, als die britische Regierung mit Kagame einen Vertrag abschloss. Demzufolge sollten Asylsuchende aus Großbritannien nach Ruanda verschleppt werden, um dort entweder wieder nach England zurückkehren zu dürfen, oder bei Ablehnung des Antrags in Lagern in Ruanda zu bleiben (8).

Mittlerweile ist der Besitzer des Konzerns Oracle, Larry Ellison, mit einer Spende von 257 Millionen US-Dollar größter Förderer des Tony Blair Instituts. Und seitdem läuft Blair nur noch mit fiebrigen Augen herum und schwärmt von den gigantischen Potentialen der Künstlichen Intelligenz. Die KI ist wiederum rein zufällig das Hauptzeugnis von Oracle (9).

Nebenbei ist Blair-Gönner Larry Ellison bekennender Hardcore-Zionist. Er hat sogar Geld für die israelische Armee gestiftet. Vor diesem Hintergrund soll Blair also jetzt einer Behörde vorstehen mit dem Namen Gaza International Transitional Authority. Also: Internationale Übergangsbehörde für Gaza, kurz: GITA. Das sollen wir ja eigentlich noch gar nicht wissen. Es gibt aber ein Papier zu GITA, das vor kurzem ebenfalls geleakt wurde (10).

Von daher wissen wir, dass die Pläne zur radikalen Neugestaltung von Gaza verdammt ernst gemeint sind. Der schon erwähnte Aufsichtsrat soll illustre Gestalten umfassen. Da ist der

amerikanische Spekulant Marc Rowan, der mit seinem Private Equity Konzern Apollo Global Management 840 Milliarden Dollar verwaltet. Das sind zum allergrößten Teil Gelder, die Scheichs aus Saudi Arabien, Abu Dhabi und den Vereinigten Arabischen Emiraten dort gewinnbringend angelegt haben. Dann sehen wir in der Übergangsregierung Aryeh Lightstone, einen israelischen Staatsbürger, der dem Abraham Accords Peace Institute vorsteht. Lightstone hat die berüchtigte Gaza Humanitarian Foundation gegründet. Die GHF zog alle Essenslieferung für die hungernden Gaza-Bewohner an sich. Auf dem Weg zu den GHF-Ausgabestellen wurden hungernde Palästinenser von israelischen Scharfschützen hinterhältig erschossen.

Naguib Sawiris ist reichster Mann Ägyptens und enger Geschäftspartner von Tony Blair. Der Ägypter hat profitable Geschäfte gemacht mit den Amerikanern in den Kriegen in Irak und Afghanistan. Sawiris will jetzt auch groß einsteigen in die Geschäfte mit dem entvölkerten Gaza-Streifen. Zusammen mit den Scheichs aus den Vereinigten Arabischen Emiraten will Sawiris Gaza zu einer hypermodernen Metropolis umwandeln.

Die einzige Person für die Internationale Übergangsbehörde in Gaza, bei der sich mir nicht sofort der Magen umdreht, ist Sigrid Kaag. Die Niederländerin ist Sonderkoordinatorin der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess. Derweil kann ich mir nicht so ganz vorstellen, dass Frau Kaag ihren guten Ruf ruiniert, indem sie sich in diese Schlangengrube hinabbegibt.

Orientalische Despoten auf High Tech-Trip

Da steht doch eine Frage im Raum: Warum sind die arabischen Scheichtümer derart willige Kollaborateure Israels und der USA?

Warum fällt es ihnen so unglaublich leicht, ihre muslimischen Brüder und Schwestern in Palästina so schmäählich im Stich zu lassen – ja sie geradezu als Opfer den Zionisten auf dem Silbertablett zu servieren?

Das hat geschäftliche Gründe. Die arabischen Scheichtümer haben aufgrund ihrer Ölbestände immense Geldmengen angestaut. Die können sie nach wie vor am besten bei US-amerikanischen oder britischen Börsen für sich arbeiten lassen.

Die Scheichtümer befinden sich dabei quasi in einem Feudalismus. Demokratie und Parlamente sind hier weitgehend unbekannt. Der Scheich genießt uneingeschränkte Machtvollkommenheit. Der Staat, sein Inventar und die in Staatsfonds abgelegten Geldbestände sind de facto Privateigentum des Scheichs. Der Scheich ist der Lehnsherr, der seine Lehnsmleute fürstlich versorgt mit kostenloser Krankenversorgung und Infrastruktur. Unter den Lehnsmleuten stehen 90 Prozent der Population quasi als Leibeigene. Meistens Gastarbeiter aus den ärmsten Ecken Südasiens: Indien, Bangladesch, Pakistan, Sri Lanka oder Nepal. Rechtlos und oftmals ohne reguläre Bezahlung vegetieren diese Gastarbeiter in abgeschotteten Kasernen.

Immerhin, die Scheichs mausern sich mittlerweile zu aufgeklärten Absolutisten. Sie wissen, dass sie mit dieser Feudalordnung und mit der steinzeitlichen Wahhabi-Variante des Islams nicht zukunftsfähig sind. Sie machen einfach einen Schnitt, und lassen ganz ultramoderne Städte vom Reißbrett aus dem Wüstensand stampfen.

Das ist in Saudi-Arabien die Retorten-Stadt Neom. Oder Masdar in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Das besondere an diesen Städten: sie kommen ganz ohne fossile Energie aus. Denn die Scheichs wissen, dass ihre Öl- und Gasvorräte auch einmal an ihr

Ende gelangen. Also sind die Araber ganz weit vorne bei der Entwicklung nachhaltiger Energie und bei der Diversifizierung ihrer Einnahmequellen. Tourismus, Start-Ups und Künstliche Intelligenz sind bei den Scheichs große Zukunftsoptionen. Und da übt Israel als Modell einer modernen Gesellschaft große Faszination aus auf die Wüstensöhne. Längst investieren die Scheichs massiv in Israel.

Und da ist Tony Blair auch nicht ganz fehl am Platz mit seiner Connection zu Larry Ellison und Oracle. Zudem hat das Tony Blair Institute die indonesische Regierung beraten bei der Planung ihrer neuen High-Tech-Hauptstadt Nusantara auf Borneo (11).

Wir können also jetzt ganz gut verstehen, dass den Scheichs das Wasser im Mund zusammenläuft bei der Vorstellung, mit der Sonderwirtschaftszone Gaza erstens einen ganz modernen Hafen zum Mittelmeer zu bekommen; und zweitens mit israelischen, US-amerikanischen und britischen Investoren zusammen eine ultramoderne, KI-gesteuerte exterritoriale Region aus dem Boden zu stampfen.

Wer könnte die High-Tech-Idylle noch stören?

Ein Problembär könnte Israels Premier Netanjahu werden. Denn Netanjahu hat ja schon klargestellt, dass er gar nicht daran denkt, die israelischen Truppen aus dem Gaza-Streifen abzuziehen. Netanjahu kann eigentlich keinen Frieden gebrauchen. Das hat er mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj gemeinsam: hört der Krieg auf, gibt es für die beiden Herren keine Rechtfertigung mehr, an der Macht zu bleiben. Beide würden demokratische Wahlen krachend verlieren.

 **Die diversen Strafprozesse gegen Netanjahu konnte**

selbiger bislang auch nur aufgrund des Kriegszustandes verschieben. So viel Rechtsstaat existiert in Israel durchaus noch, dass die Justiz ihn sofort vorladen würde, wenn der Krieg zu Ende ist.

In der Ruhe eines Waffenstillstands könnte auch auffallen, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Israels in den letzten zwei Jahren nicht gerade geringer geworden sind. Sollte tatsächlich wider Erwarten in Gaza Ruhe einkehren, muss Netanjahu auf jeden Fall weiter Krieg führen: gegen Libanon, Syrien, Iran und Jemen. Das könnte dann aber doch zu einer starken Überdehnung der israelischen Möglichkeiten führen.

Eigentlich kann sich auch die Hamas diese bedingungslose Kapitulation nicht leisten. Politisch ist die Hamas damit erledigt, und es braucht sie dann auch niemand mehr. Und die internationale Investorengruppe für die Sonderwirtschaftszone Gaza muss ebenfalls zusammenhalten, und es muss auch genug Geld da sein, die Aufgaben zu bewältigen. Ein Zerplatzen der KI-Blase an den Börsen ist mittlerweile sehr wahrscheinlich in naher Zukunft. Das dürfte auch einige Träume Gaza betreffend abrupt beenden.

Wie müsste eigentlich ein Friedensabkommen für Gaza aussehen?

Bleibt abschließend noch die Frage: Was muss eigentlich bei einem Friedensschluss herauskommen? Jetzt mal ohne die normative Kraft des Faktischen, dass nämlich die Mächtigsten und Aggressivsten wieder einmal bestimmen, was Recht und Gesetz ist?

Die Bevölkerung des Gaza-Streifens muss entschädigt werden für die unvorstellbaren Leiden der letzten zwei Jahre. Das Geld wird aus den Gewinnen der Rüstungskonzerne und ihrer Börsenspekulanten

entnommen. In einer Wiedergutmachungsaktion erstellen israelische und internationale Bauunternehmen kostenlos neue Städte in Gaza – und zwar nach den Vorstellungen der Palästinenser, nicht nach den Vorgaben von Investmentfonds.

Es werden freie und geheime Wahlen durchgeführt, die ausschließlich von den Palästinensern selbst organisiert und bestimmt werden.

Die Kriegsprofiteure, also namentlich: Donald Trump, Jared Kushner, Steve Witkoff, Benjamin Netanjahu und die gesamte israelische Regierung werden dem Internationalen Strafgerichtshof überstellt. Eine wirklich demokratisch gewählte Kommission von Palästinensern und Israelis handelt die Bedingungen einer Zweistaatenlösung aus. Ein Staat Palästina wird zunächst aus dem Gaza-Streifen und der Westbank gebildet. Die Siedler müssen ihr widerrechtlich annektiertes Land in der Westbank umgehend räumen und die vertriebenen Palästinenser entschädigen.

Das wären nur ein paar Aspekte eines echten Friedensvertrages.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Beitrag erschien zuerst unter dem Titel „**Der faule Frieden von Gaza** (<https://apolut.net/der-faule-frieden-von-gaza-von-hermann-ploppa/>)“ bei **apolut** (<https://apolut.net>).



Hermann Ploppa ist Politologe und Publizist. Er hat zahlreiche Artikel über die Eliten der USA veröffentlicht, unter anderem über den einflussreichen Council on Foreign Relations. 2008 veröffentlichte er „Hitlers Amerikanische Lehrer“, in dem er bislang nicht beachtete Einflüsse US-amerikanischer Stiftungen und Autoren auf den Nationalsozialismus offenlegte. Sein Bestseller „Die Macher hinter den Kulissen – Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern“ sorgt nach wie vor für angeregte öffentliche Diskussionen.